

# DER LANDTAG

## SCHLESWIG - HOLSTEIN

73/2001

Kiel, 9. Juli 2001

### **14. Tagung des Landtages: Regierungserklärung zur Neuordnung des Länderfinanzausgleichs**

Kiel (SHL) – *Am Mittwoch, 11. Juli 2001, kommt der Landtag ab 10:00 Uhr zu seiner 14. Tagung zusammen. Sie ist auf drei Tage angesetzt.*

Eröffnet wird die Sitzung mit einer Regierungserklärung **zur Neuordnung des Länderfinanzausgleichs**, die sich auf Bundesebene bereits im Gesetzgebungsverfahren befindet. Damit entspricht die Landesregierung einem Berichtsantrag der CDU-Fraktion dazu (Drs. 15/1072).

Die **Gesundheitsgefährdung durch Mobilfunkanlagen** ist Gegenstand eines danach zu beratenden Antrags der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 15/1076). Die Regierung wird darin gebeten, unter anderem über den Handlungsbedarf bei der Herabsetzung von Grenzwerten zu berichten.

Es folgt die Erste Lesung des **Gesetzes über den Öffentlichen Gesundheitsdienst (Gesundheitsdienst-Gesetz - GDG)**, das von der Landesregierung vorgelegt worden ist (Drs. 15/1045). Es soll das geltende Gesetz aus dem Jahre 1979 ersetzen und damit gesellschaftlichen Veränderungen sowie bundesgesetzlichen Neuregelungen Rechnung tragen.

Das **Landesbodenschutz- Altlastengesetz (LbodSchG)** wird anschließend ebenfalls in Erster Lesung beraten. Der Entwurf der Landesregierung (Drs. 15/1049) regelt die Ausführung und Ergänzung des Bundes-Bodenschutzgesetzes für Schleswig-Holstein. Ergänzend soll die „nachhaltige Berücksichtigung der Belange des Bodenschutzes in der Raumordnung und Landesplanung“ durch das Gesetz gesichert werden.

Am Mittwoch Nachmittag befasst sich das Parlament dann mit der **Situation der Inneren Sicherheit und Lage der Polizei**. Grundlage ist die Antwort auf eine Große Anfrage der F.D.P.-Fraktion dazu (Drs. 15/1078). Auf über 200 Seiten gibt die Regierung in ihrer Antwort Auskunft über die Kriminalitätslage und -bekämpfung, die Prävention sowie die personelle und sachliche Ausstattung der Polizei in Schleswig-Holstein.

Es folgt - ohne Aussprache - die Erste Lesung eines weiteren Gesetzesentwurfes der Regierung: Beraten wird über ein **Gesetz zur Ausführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes** (Drs. 15/1077). Es enthält Regelungen zur Zuständigkeit von Behörden und zum Verwaltungsverfahren. Das entsprechende Bundesgesetz tritt am 1. August 2001 in Kraft. Anschließend geht es um den **Staatsvertrag zur Rechtspflegerlaufbahn**, der in Erster Lesung beraten wird. Der Entwurf der Landesregierung dazu (Drs. 15/1082) sieht vor, dass die Prüfung der Rechtspflegeranwärter künftig durch das Niedersächsische Prüfungsamt erfolgen soll. Bislang hat das Schleswig-Holsteinische Oberlandesgericht diese Prüfungen abgenommen. Die Verlagerung wurde mit Niedersachsen staatsvertraglich vereinbart und bedarf der Zustimmung beider Länderparlamente.

Die **Regionale Zusammenarbeit zwischen dem Land Schleswig-Holstein und Sønderjyllands Amt** ist Gegenstand einer gemeinsamen Vereinbarung. Über den Inhalt soll die Regierung dem Landtag Bericht erstatten, lautet der Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 15/1042).

Auf Antrag der F.D.P.-Fraktion soll die Regierung anschließend darüber berichten, wie ein **Ausbau des Flugplatzes Kiel-Holtenau** finanziert werden könnte (Drs. 15/1053).

Letzter Punkt am Mittwoch ist ein Berichts Antrag der CDU-Fraktion zu den **Auswirkungen der Ostseeratspräsidentschaft auf Schleswig-Holstein** (Drs. 15/1056). Dabei wird unter anderem nach konkreten Maßnahmen in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Maßnahmen zur Sicherung des Schiffsverkehrs auf der Ostsee gefragt.

Am **Donnerstag** berät das Parlament zu Beginn über zwei Anträge in Sachen **Stammzellenforschung**. Die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bitten die Landesregierung, „über an der Kieler Universität geplante oder schon begonnene Forschungen mit embryonalen Stammzellen“ zu berichten (Drs. 15/1083). Im zweiten Antrag (Drs.

15/1088) spricht die F.D.P.-Fraktion sich dafür aus, das an der Christian-Albrechts-Universität in Aussicht genommene Forschungsprojekt zu befürworten. Dabei stellt sie den Grundsatz der Forschungsfreiheit in den Vordergrund.

Mit einem von der F.D.P.-Fraktion vorgelegten **Entschließungsantrag zur Präimplantationsdiagnostik** befasst sich das Parlament danach (Drs. 15/1084). Darin wird die Landesregierung aufgefordert, eine Bundesratsinitiative zu unternehmen, um den Umgang mit der Präimplantationsdiagnostik (PID) im Rahmen eines Fortpflanzungsmedizingesetzes bundesweit zu regeln.

**Anforderungen an einen Nachtragshaushalt 2001** hat die CDU-Fraktion in einem Antrag dargelegt, mit dem sich der Landtag beschäftigen wird (Drs. 15/1085). Darin fordert sie unter anderem, „die seit Jahren angekündigte Trendwende in der Haushaltspolitik durch spürbare Zurückführung der Neuverschuldung einzuleiten“.

Die **Neufassung der Lehrerarbeitszeit** ist Gegenstand einer Fachkommission beim Bildungsministerium. Über die Ergebnisse der Beratungen dieser Kommission soll die Landesregierung auf Antrag der CDU-Fraktion Bericht erstatten. (Drs. 15/1054 neu)

Am Nachmittag geht es dann auf der Grundlage eines SSW-Antrages vom Februar 2001 (Drs. 15/722) um den **Abbau öffentlicher Arbeitsplätze** in Schleswig-Holstein (Drs. 15/1087). Der Bericht der Landesregierung dazu geht insbesondere auch auf den Abbau von Bundeswehrstandorten ein. Im ausführlichen tabellarischen Anhang ist ausgewiesen, dass von 1990 bis 2000 etwa 30.700 Arbeitsplätze im Bereich der Landes- und Bundesbehörden sowie bei der Bundeswehr abgebaut worden sind. Ein Anteil von gut 90% entfällt dabei auf die Bundeswehr. Als nächstes geht es dann um die **Nachwuchssicherung an Beruflichen Schulen**. Dazu hat die CDU-Fraktion einen Antrag vorgelegt (Drs. 15/1057). Mit den darin vorgeschlagenen Maßnahmen sollen Wege für Quereinsteiger geöffnet werden.

**Weiterentwicklung statt Wende in der Agrarpolitik** fordert die CDU-Fraktion in ihrem Antrag (Drs. 15/1059) dazu. Darin warnt sie unter anderem vor einer verteuerten Produktion der Nahrungsmittel, die insbesondere einkommensschwache Bevölkerungskreise treffe.

Der **Verbraucherschutz in Schleswig-Holstein** ist Gegenstand eines Berichtes der Landesregierung, der auf einem Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus dem März beruht (Drs. 15/811). Dabei

sollen der Stand des Verbraucherschutzes dargelegt sowie Möglichkeiten der Optimierung aufgezeigt werden.

Letztes Thema am Donnerstag ist dann der **Bereitschaftsdienst der Ärztinnen/Ärzte in Krankenhäusern**. Dazu liegt ein Antrag der CDU-Fraktion vor (Drs. 15/1071), in dem unter anderem gefordert wird, die Zahl der Bereitschaftsdienste auf fünf pro Monat zu begrenzen. Zudem wird die Regierung aufgefordert, im ersten Quartal 2002 dem Landtag über die erfolgten Maßnahmen Bericht zu erstatten.

Am **Freitag, 13. Juli 2001**, befasst sich der Landtag zuerst mit Arbeitsmarktpolitik. Ein Antrag der CDU-Fraktion unter der Überschrift **Keine Verdrängung regulärer Arbeitsplätze** (Drs. 15/1073) bezieht sich auf Pläne der Bundesregierung bei der Vergabe von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM). Dabei, so der Antrag, sei der Wegfall des Zusätzlichkeitkriteriums geplant. Dagegen wendet sich die CDU in ihrem Antrag.

Zu einem **Pakt für den Mittelstand** fordert die CDU-Fraktion in einem weiteren Antrag die Landesregierung auf (Drs. 15/1086). Darin werden eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen, die zu einer Steigerung der Investitionsbereitschaft führen sollen.

Ein Bericht der Landesregierung über **Sexuelle Gewalt gegen Mädchen und Frauen mit Behinderungen** kommt aus dem Sozialausschuss zurück (Drs. 15/899 u. 1025) und wird im Landtag debattiert. Darin wird über bestehende Hilfsmöglichkeiten und bedarfsorientierte Versorgungsplanung Auskunft gegeben.

Nächstes Thema ist die **Entwicklung der Kabelnetze**. Auf der Grundlage eines Antrages der SPD-Fraktion aus dem März (Drs. 15/800), hat die Landesregierung einen schriftlichen Bericht dazu vorgelegt (Drs. 15/1065). Hintergrund ist der Verkauf der deutschen Breitbandkabelnetze (TV-Kabelnetze) der Deutschen Telekom AG (DTAG).

Ein weiterer Bericht der Landesregierung folgt: Es geht um die **Sicherheit des Schiffsverkehrs in der westlichen Ostsee** (Drs. 15/1067). Er enthält eine Bestandaufnahme sowie Prognosen zur verkehrlichen Situation in der westlichen Ostsee. Zudem beschreibt er Maßnahmen und Aktivitäten zur Verbesserung der Schiffssicherheit.

Letzter Punkt der geplanten Beratungsthemen ist **der Bericht des Eingabenausschusses**, der einmal im Quartal dem Parlament zur Kenntnis vorgelegt wird (Drs. 15/1000). Im Berichtszeitraum vom 1. Januar bis

zum 31. März 2001 hat der Ausschuss 137 Eingaben behandelt, von denen knapp 10% im Sinne der Petentinnen und Petenten und 28,5% teilweise in deren Sinne erledigt werden konnten.

Der Eingabenausschuss wird übrigens demnächst voraussichtlich Petitionsausschuss heißen: Die Erste Lesung eines entsprechenden verfassungsändernden Gesetzentwurfes (Drs. 15/980) wird ohne Aussprache vom Landtag behandelt werden. Der Entwurf wird von allen Fraktionen mitgetragen.

**Zu den folgenden Tagesordnungspunkten sind eine Aussprache sowie feste Zeiten des Aufrufs nicht vorgesehen;** die angemeldeten Redezeiten gelten für die Berichterstatterinnen oder die Berichterstatter der Ausschüsse:

TOP		Berichterstattung
3	Änderung des Naturschutzgesetzes (SSW), Drs. 15/991	5
4 u.13	Änderung der Verfassung und anderer Gesetze sowie Umbenennung des Eingabenausschusses, Drs. 15/980	-
7	Änderung des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes, Drs. 15/1070	-
8	Lebenspartnerschaftsausführungsgesetz ( <b>2. Lesung</b> ), Drs. 15/1077	5
9	Staatsvertrag Rechtspflegerlaufbahn ( <b>2. Lesung</b> ), Drs. 15/1082	5
12	Wahl der Mitglieder des Richterwahlausschusses, Drs. 15/1074	-
15	Abschluss eines Memorandums mit der Wojewodschaft Pommern	5
18	Offshore Windparks, Drs. 15/1055	-
21	Rahmenplan 2001 „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes, Drs. 15/1058	-
23	Energieeinsparung bei den Landesliegenschaften, Drs. 15/1064	-
27 u.58	Generalplan Küstenschutz, Drs. 15/1075	5
35	Erhöhung des Trinkgeldfreibetrages, Drs. 15/1001	5
36	Zukunft der Weiterbildung, Drs. 15/1018	5
38	Situation und Entwicklung der Fischerei, Drs. 15/1028	5
40	Fachlehrerinnen und Fachlehrer für Berufsschulunterricht, Drs. 15/1037	5
41	Flexibilisierung der Ausbildungsordnungen, Drs. 15/1038	5
42	Weiterentwicklung der beruflichen Schulen, Drs. 15/1039	5
43	Weiterentwicklung des Gymnasiums, Drs. 15/1040	5
44	Einrichtung von Ganztagschulen, Drs. 15/1041	5
46	Errichtung eines zentralen Wirtschaftsarchivs, Drs. 15/1044	5

48	Bemerkungen 2001 des Landesrechnungshofs, Drs. 15/1048	5
50	Bahnpolitisches Konzept für Schleswig-Holstein, Drs. 15/1061	5
51	Auftragsvergabe, Drs. 15/1063	5
53	Konversionsbericht, Drs. 15/1066	-
55	Tätigkeit des Landesbeauftragten für den Datenschutz, Drs. 15/1068	5
56	Zusammenarbeit zwischen den norddeutschen Ländern, Drs. 15/1069	5
57	Bundeswehrsoldaten bei Auslandseinsätzen, Drs. 15/1079	5
59	Entlastung des Landesrechnungshofs, Drs. 15/1081	5

**Hinweis:** Nicht mehr vorhandene Drucksachen können in der Landtagsverwaltung, Zimmer 046, nach telefonischer Vorbestellung (988-1050 o. 1051) abgeholt werden und sind im Internet unter [www.parlanet.de](http://www.parlanet.de) (Infothek, Drucksachen) zu finden.


**SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG**

15. Wahlperiode

**Reihenfolge der Beratung  
der 14. Tagung**

Hinweis:

 Soweit einzelne Tagesordnungspunkte durch Fettung hervorgehoben sind, ist der **Beginn der Beratung zeitlich festgelegt**.

TOP		ange- meldete Redezeit	Voraussichtl. Beginn der Beratung
<b>Mittwoch, 11. Juli 2001</b>			
<b>2 u.25</b>	<b>Regierungserklärung und Neuordnung des Länder- finanzausgleichs</b>	<b>85</b>	<b>10:00</b>
28	Gesundheitsgefährdung durch Mobilfunkanlagen	30	11:25
5	Gesundheitsdienstgesetz	30	11:55
6	Gesetz zur Ausführung und Ergänzung des Bundes- Bodenschutzgesetzes	35	12:25
<b>10</b>	<b>Situation der Inneren Sicherheit und Lage der Poli- zei</b>	<b>60</b>	<b>15:00</b>
8	Lebenspartnerschaftsausführungsgesetz	30	16:00
9	Staatsvertrag Rechtspflegerlaufbahn	-	16:30
14	Regionale Zusammenarbeit	30	16:30
16	Finanzierung eines Ausbaus des Flugplatzes Kiel- Holtenau	30	17:00
19	Auswirkungen der deutschen Ostseerats-Präsidentschaft	30	17:30
<b>Donnerstag, 12. Juli 2001</b>			
<b>29 u.33</b>	<b>Stammzellenforschung</b>	<b>60</b>	<b>10:00</b>
30	Entscheidung zur Präimplantationsdiagnostik	30	11:00
31	Anforderungen an einen Nachtragshaushalt	35	11:30
17	Neufassung der Lehrerarbeitszeit	40	12:05
<b>60</b>	<b>Abbau öffentlicher Arbeitsplätze</b>	<b>35</b>	<b>15:00</b>
20	Nachwuchssicherung an Beruflichen Schulen	30	15:35

TOP		ange- meldete Redezeit	Voraussichtl. Beginn der Beratung
22	Weiterentwicklung statt Wende in der Agrarpolitik	55	16:05
61	Verbraucherschutz in Schleswig-Holstein	30	17:00
24	Bereitschaftsdienst in Krankenhäusern	30	17:30
<b>Freitag, 13. Juli 2001</b>			
26	Keine Verdrängung regulärer Arbeitsplätze	30	10:00
32	Pakt für den Mittelstand	30	10:30
37	Sexuelle Gewalt gegen Mädchen und Frauen mit Behinderungen	35	11:00
52	Entwicklung der Kabelnetze	30	11:35
54	Sicherheit des Schiffsverkehrs in der westlichen Ostsee	30	12:05
34	Tätigkeit des Eingabenausschusses	5	12:35

### Ablauf und Beratungszeiten der 14. Tagung

TOP	Be- richt	SPD	CDU	FDP	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SSW	Reg	zus.
<b>1 Aktuelle Stunde</b>								<b>90</b>
<b>2 Regierungserklärung - mit TOP 25 Mittwoch 10:00 Uhr -</b>	-	10	15	15	10	10	25	85
<b>Zweite Lesung</b>								
3 Änderung des Naturschutzgesetzes (SSW)	5	<b>- ohne Aussprache -</b>						5
<b>Erste Lesungen</b>								
4 Änderung der Verfassung des Landes und anderer Gesetze (Abg.) - mit TOP 13 -		<b>- ohne Aussprache -</b>						
5 Gesundheitsdienstgesetz (Reg.)	-	5	5	5	5	5	5	30
6 Gesetz zur Ausführung und Ergänzung des Bundes-Bodenschutzgesetzes (Reg.) - nicht am Freitag -	-	5	5	5	5	5	10	35
7 Änderung des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		<b>- ohne Aussprache -</b>						



TOP		Be- richt	SPD	CDU	FDP	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SSW	Reg	zus.
8	Lebenspartnerschaftsausfüh- rungsgesetz (Reg.) - <b>1. Lesung am Mittwoch; 2. Lesung am Freitag -</b>	-	5	5	5	5	5	5	30
9	Gesetz zum Staatsvertrag Rechtspflegerlaufbahn (Reg.) - <b>1. Lesung am Mittwoch; 2. Lesung am Freitag -</b>	<b>- ohne Aussprache -</b>							
	<b>Große Anfragen</b>								
10	Situation der Inneren Sicherheit und Lage der Polizei (FDP) - <b>Mittwoch 15:00 Uhr -</b>	-	10	10	10	10	10	10	60
11	Bedeutung und Sicherung eh- renamtlicher Tätigkeiten (CDU)	<b>- Absetzung von der TO vorgesehen -</b>							
	<b>Wahlvorschlag</b>								
12	Wahl der Mitglieder des Rich- terwahlausschusses (SPD)	<b>- ohne Aussprache -</b>							
	<b>Anträge</b>								
13	Umbenennung des Eingaben- ausschusses (Abg.)	-	-	-	-	-	-	-	-
14	Gemeinsame Vereinbarung über regionale Zusammenarbeit zwi- schen Schleswig-Holstein und Sønderjyllands Amt (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) - <b>nicht am Freitag -</b>	-	5	5	5	5	5	5	30
15	Abschluss eines Memorandums mit der Wojewodschaft Pommern	5	<b>- ohne Aussprache -</b>						5
16	Finanzierung eines Ausbaus des Flugplatzes Kiel-Holtenau (FDP)	-	5	5	5	5	5	5	30
17	Neufassung der Lehrerarbeits- zeit (CDU)	-	10	10	5	5	5	5	40
18	Offshore-Windparks (CDU)	<b>- ohne Aussprache -</b>							
19	Auswirkungen der deutschen Ostseerats-Präsidentschaft (CDU) - <b>nicht am Freitag -</b>	-	5	5	5	5	5	5	30
20	Nachwuchssicherung an Berufl- ichen Schulen (CDU)	-	5	5	5	5	5	5	30

TOP		Be- richt	SPD	CDU	FDP	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SSW	Reg	zus.
21	Rahmenplan 2001 „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (CDU)	<b>- ohne Aussprache -</b>							
22	Weiterentwicklung statt Wende in der Agrarpolitik (CDU)	-	10	10	10	10	5	10	55
23	Energieeinsparung bei den Lan- desliegenschaften (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	<b>- ohne Aussprache -</b>							
24	Bereitschaftsdienst in Kranken- häusern (CDU)	-	5	5	5	5	5	5	30
25	Neuordnung des Länderfinanz- ausgleichs (CDU)	-	-	-	-	-	-	-	-
26	Keine Verdrängung regulärer Arbeitsplätze (CDU)	-	5	5	5	5	5	5	30
27	Generalplan Küstenschutz - In- tegriertes Küstenmanagement 2001 (interfraktionell) <b>- mit TOP 58 -</b>	5	<b>- ohne Aussprache -</b>						5
28	Gesundheitsgefährdung durch Mobilfunkanlagen (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) <b>- nach TOP 2 -</b>	-	5	5	5	5	5	5	30
29	Stammzellenforschung (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) <b>- mit TOP 33 Donnerstag 10:00 Uhr -</b>	-	10	10	10	10	10	10	60
30	Entschließungsantrag zur Prä- implantationsdiagnostik (FDP) - <b>nach TOP 29 -</b>	-	5	5	5	5	5	5	30
31	Anforderungen an einen Nach- tragshaushalt (CDU) - <b>nicht am Freitag -</b>	-	5	10	5	5	5	5	35
32	Pakt für den Mittelstand, Wachstum und Beschäftigung (CDU) - <b>nach TOP 26 -</b>	-	5	5	5	5	5	5	30
33	Import embryonaler Stammzellen (FDP)	-	-	-	-	-	-	-	-
	<b>Berichte</b>								
34	Tätigkeit des Eingabenaus- schusses - <b>Freitag 15:00 Uhr -</b>	5	<b>- ohne Aussprache -</b>						5

TOP		Be- richt	SPD	CDU	FDP	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SSW	Reg	zus.
35	Entwurf eines Gesetzes zur Er- höhung des Trinkgeldfreibetra- ges (CDU)	5	- ohne Aussprache -						5
36	Zukunft der Weiterbildung (Reg.)	5	- ohne Aussprache -						5
37	Sexuelle Gewalt gegen Mädchen und Frauen mit Behinderungen (Reg.)	5	5	5	5	5	5	5	35
38	Situation und Entwicklung der Fischerei (Reg.)	5	- ohne Aussprache -						5
39	Bericht der Investitionsbank 2000	- Absetzung von der TO vorgesehen -							
40	Fachlehrerinnen und Fachlehrer für Berufsschulunterricht (CDU)	5	- ohne Aussprache -						5
41	Flexibilisierung der Ausbil- dungsordnungen im Rahmen der Berufsausbildung (CDU)	5	- ohne Aussprache -						5
42	Weiterentwicklung der berufli- chen Schulen (Reg.)	5	- ohne Aussprache -						5
43	Weiterentwicklung des Gymna- siums (CDU)	5	- ohne Aussprache -						5
44	Einrichtung von Ganztagschulen (FDP)	5	- ohne Aussprache -						5
45	Tätigkeitsbericht des Beauf- tragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen	-	5	5	5	10	5	5	35
46	Errichtung eines zentralen Wirt- schaftsarchivs (SSW)	5	- ohne Aussprache -						5
47	Fortschreibung des Landesju- gendhilfeplans (Reg.)	- Absetzung von der TO vorgesehen -							
48	Bemerkungen 2001 des Lan- desrechnungshofs (Finanzausschuss)	5	- ohne Aussprache -						5
49	Unterrichtssituation im Schuljahr 2000/2001 (Reg.)	- Absetzung von der TO vorgesehen -							
50	Bahnpolitisches Konzept für Schleswig-Holstein (CDU)	5	- ohne Aussprache -						5
51	Auftragsvergabe (CDU)	5	- ohne Aussprache -						5
52	Bericht über die Entwicklung der Kabelnetze (Reg.)	-	5	5	5	5	5	5	30

TOP		Be- richt	SPD	CDU	FDP	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SSW	Reg	zus.
53	a) Auswirkungen der Neustrukturierung der Bundeswehr b) Maßnahmen zur Unterstützung der Konversion (Reg.)	<b>- ohne Aussprache -</b>							
54	Sicherheit des Schiffsverkehrs in der westlichen Ostsee (Reg.)	-	5	5	5	5	5	5	30
55	Tätigkeit des Landesbeauftragten für den Datenschutz	5	<b>- ohne Aussprache -</b>						5
56	Zusammenarbeit zwischen den norddeutschen Ländern (Reg.)	5	<b>- ohne Aussprache -</b>						5
57	Soziale Absicherung von Bundeswehrsoldaten bei Auslandseinsätzen (FDP)	5	<b>- ohne Aussprache -</b>						5
58	Mittel- und langfristige Küstenschutzmaßnahmen sowie Generalplan Küstenschutz (Reg.)	-	-	-	-	-	-	-	-
59	Entlastung des Landesrechnungshofs für das Haushaltsjahr 1999 (Finanzausschuss)	5	<b>- ohne Aussprache -</b>						5
60	Bericht über den Abbau öffentlicher Arbeitsplätze (Reg.) <b>Donnerstag 15:00 Uhr -</b>	-	5	5	5	5	10	5	35
61	Verbraucherschutz in Schleswig-Holstein (Reg.) <b>- nach TOP 22 -</b>	-	5	5	5	5	5	5	30
62	Besetzung der Stelle einer Präsidentin oder eines Präsidenten des Oberlandesgerichts (Innen- und Rechtsausschuss)	<b>- Absetzung von der TO vorgesehen -</b>							
63	<b>Fragestunde</b>								30